

vbb magazin

11

November 2020 • 59. Jahrgang



Der Bundeswehrbeamte

Zeitschrift des Verbandes
der Beamten und Beschäftigten
der Bundeswehr

Rückendeckung

Seite 9 <

Ausrüstung für den
Einsatz, Einsatz für
unsere Ausrüstung

Seite 15 <

Frauen im dbb,
Frauen im VBB:
Zusammenbringen,
was zusammen-
gehört!

> Editorial



*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitglieder und Gastler,*

wo selbst unsere Bundeskanzlerin mit ungewohnter Emotionalität zum Abstandhalten aufruft, wie hält man dann persönliche und verbandliche Beziehungen aufrecht?

Indem man die Segnungen der modernen Kommunikationstechnik nutzt! Selbstverständlich ist es etwas anderes, die Homepage des www.vbb.dbb.de oder des www.dbb.de zu nutzen als sich wie gewohnt zu treffen. Digitalisierung ersetzt nun mal keine persönlichen Kontakte. Dennoch kann man sich auf verlässlichen Seiten derart detailliert und zeitnah informieren, dass es Freude macht.

Freude gemacht hat unserem Seniorenvertreter Peter *Balmes* und mir der Besuch zum hundertsten Geburtstag unseres Mitglieds Franz *Schmied* in Vallendar. Der rüstige und rege Kollege hat schon ganz andere Bedrohungen meistern müs-

sen und steht beeindruckend positiv im Leben.

Ob man die Tarifabschlüsse positiv werten will, ist eine Frage der individuellen Erwartungen. Als Mitglied des Bundesvorstands des dbb beamtenbund und tarifunion war ich über die harten, schwierigen Verhandlungen gut informiert und stehe solidarisch zu den Spitzenverhandlern des dbb beamtenbund und tarifunion. Sie haben das aktuell Machbare erreicht. Der Corona-Kompromiss liegt nun auf dem Tisch und es bleibt, während diese Zeilen geschrieben werden, die faire Übertragung auf die Bundesbeamten sicherzustellen.

Sicherstellen will ich auch ein enges Miteinander zwischen der Sprecherin der frauenvertretung des dbb, Milanie *Kreutz*, und unserer VBB-Frauenvertreterin Elisabeth *Benz*. Richtig gut finde ich, dass sich beide auf die volle Unterstützung unserer Bundesleitung VBB verlassen können, zumal eine praxisgestählte Gleichstellungsbeauftragte wie Kollegin *Schladoth* (GleibB ziv BMVG) ebenfalls die Chancen und Fallstricke dieses weiten Handlungsfeldes bestens kennt. Gemeinsam kommen wir weiter und dass die Sprecherin der frauenvertretung des dbb in diesen schwierigen Zeiten zu uns in die Geschäftsstelle gefunden hat, kam hervorragend an.

Sehr gut angekommen ist der Festakt mit anschließender Serenade zur Verabschiedung des ehemaligen Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Dr. *Bartels*, dessen klare Meinungen und fundierten Analysen wir sehr geschätzt haben. Die materielle Ausrüstung der Bundeswehr lag ihm sehr am Herzen, was ich persönlich wie aus Verbandssicht sehr gut nachfühlen kann. So lag es nahe, diesem Gefühl auf den Grund zu gehen und sich vor dem Festakt ausführlich mit dem Abtei-

> Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 030.31174149. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** dbb, Fotolia, MEV. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 32,00 € zzgl. 6,80 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 3,60 € zzgl. 1,40 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigenexposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 61** (dbb magazin) und **Preisliste 45** (vbb magazin), gültig ab 1.10.2019. **Druckauflage:** dbb magazin: 568 495 (IVW 2/2020). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

ISSN 0521-7814

> vbb

- > Hintergrundinformation zur Tarifrunde durch den Bundesvorsitzenden dbb, Ulrich Silberbach 4
- > Etat 2021: Wehretat soll um 1,16 Milliarden Euro erhöht werden 5
- > Festakt aus Anlass der Verabschiedung von Dr. Hans-Peter Bartels, ehemaliger Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages 5
- > Den Gärtner zum Bock gemacht! 6
- > Ausrüstung für den Einsatz, Einsatz für unsere Ausrüstung 9
- > Bei Dienstreisen werden zukünftig Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit auch berücksichtigt! 10
- > Informationen zur Regelung des § 11a Bundesbeamtengesetz (BBG), hier: Erlangung der Befähigung für die Laufbahn des höheren technischen Verwaltungsdienstes – Fachrichtung Wehrtechnik 10
- > 60 Jahre Verbandszugehörigkeit – VBB führt „Ehrenzeichen am Bande“ ein 12
- > VBB-Mitglied feierte 100-jährigen Geburtstag 13
- > Kalender 2020/2021 13
- > Online-VBL-Informationsveranstaltungen 13
- > Verbandsbezogenes Seminar „Kommunikation – Grundlagen der Rhetorik – Gespräche erfolgreich führen“ 14
- > Frauen im dbb, Frauen im VBB: Zusammenbringen, was zusammengehört! 15
- > Bundesschwerbehindertenvertretung 15
- > Rückendeckung für unsere Feuerwehrleute 16
- > Aus unseren Bereichen und Landesverbänden 16
- > Personalnachrichten 20

> dbb

- > einkommensrunde – Corona-Kompromiss an der Grenze des Machbaren 21
- > Warnstreiks und Aktionen 22
- > dbb Service für Beamte: Wegweisende Urteile aus dem Beamtenrecht 23
- > Die Corona-Warn-App 24
- > nachgefragt bei Wolfgang Ditz, Stadtarzt Gesundheitsamt Mönchengladbach 25
- > die andere meinung – Zweite Welle der Corona-Pandemie 26
- > frauen – Gleiche Arbeitszeit für alle 29
- > dossier – Diversity 30
- > standpunkt – Diversity Management ist kein Synonym für Frauenförderung 31
- > jugend – Burn-out-Syndrom bei jungen Menschen 32
- > Inklusiver Arbeitsmarkt 33
- > online – #WirVsVirus-Projekt 35
- > vorgestellt – 70 Jahre Bundesgerichtshof 40
- > drei fragen an Prof. Dr. Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten 42
- > interview – Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales 46

lungsleiter Ausrüstung, Admiral *Stawitzki*, über die Ausrüstungslage zu besprechen. Auch wenn das Verfahren zur Beschaffung eines neuen Sturmgewehrs gerne zur politischen Skandalisierung missbraucht wird, hat die Abteilung Ausrüstung in sehr vielen anderen Verfahren ganz ordentlich geliefert. Diesen positiven Trend lassen wir uns als VBB nicht kaputt machen. Konstruktive Kritik unterstützen wir gerne, politische Abrechnungen auf dem Rücken der Beschäftigten nicht.

Tatsächlich schlecht gelaufen ist es für den Präsidenten des Bundesamtes für Militärischen Abschirmdienstes, der in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde. Die Arbeit des MAD ist naturgemäß geheim und unsere Kolleginnen und Kollegen leisten dort unverzichtbare Arbeit zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Aus unserer Sicht irritierend ist jedoch, dass bei extremistischen Umtrieben in Teilen der Streit-

kräfte die Mechanismen der Inneren Führung versagt haben, Vorgesetzte offensichtlich nicht durchgegriffen haben, Vorgesetzte nicht zur Verantwortung gezogen werden, aber der Präsident des BAMAD „seinen Schlapphut nehmen muss“.

Da hätte man unsere Bundesministerin auch anders beraten können ...

Gut beraten über das ressortinterne Verfahren rund um die Altersteilzeit ließ ich mich vom BMVg-Referat P II 6, dem Herausgeber der Regelung A-1410/9 „Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte in der Bundesverwaltung“. Demnach wird die Altersteilzeit primär als ein Verfahren zum Stellenabbau betrachtet, bei dessen Anwendung keine dienstlichen Belange entgegenstehen dürfen. Der Dienstherr kann also bei Erfüllung aller Voraussetzungen nach § 93 Abs. 3 BBG gleichwohl die Bewilligung von Altersteilzeit aus sachlichen Gründen ablehnen. Bei der Be-

trachtung des gegenwärtigen und absehbaren Personalfehls im Beamtenbereich wird die restriktive Handhabung durch die Personalführung erklärlich, bleibt aber für die Betroffenen kaum erträglich.

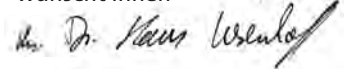
Bei allem Verständnis für die Ziele des Dienstherrn fordert der VBB auch das notwendige Verständnis des Dienstherrn für die Situation der Antragsteller, allein schon aus Fürsorgegründen. Altersteilzeit beantragt man schließlich nicht leichtfertig.

Der VBB ist strikt gegen eine mehr oder weniger pauschale Ablehnung und klar für eine wohlwollende Prüfung jeden Einzelfalls.

Potenziellen Antragstellern sei geraten, sich eingehend zu informieren (A-1410/9), dringend den Kontakt mit der jeweiligen Personalführung zu suchen und gegebenenfalls den Personalrat des Vertrauens vor Ort einzubinden.

Bleiben wir positiv und konstruktiv in diesen grauen Novembertagen; die Sonne scheint für alle. Für den VBB will ich daran erinnern, dass der mittlere Dienst nicht vergessen werden darf. Die Menschen in dieser Laufbahn haben verbesserte berufliche Perspektiven verdient! Nach vielen Gesprächen gibt es berechtigte Hoffnung, dass die verbesserte Ausstattung mit A9-Dienstposten beispielsweise in Werkstätten, Bundeswehrdienstleistungszentren oder Karrierecentern tatsächlich realisiert wird. Der nächste Frühling kommt bestimmt, hoffentlich auch ein spürbarer Aufwuchs im Dienstpostengefüge des mittleren Dienstes, wie der VBB schon lange fordert.

Viel Spaß beim Lesen der November-Ausgabe mit weiteren interessanten Themen wünscht Ihnen



Dr. Hans Liesenhoff,
Bundesvorsitzender

Hintergrundinformation zur Tarifrunde durch den Bundesvorsitzenden dbb, Ulrich Silberbach

Die Einigung im öffentlichen Dienst ging durch die Premiummedien, der dbb stellte detaillierte Informationen auf seiner lesenswerten Homepage www.dbb.de ein.

„Das ist der Corona-Kompromiss. Wir haben mit diesem Abschluss das aktuell Machbare erreicht“, bilanzierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 25. Oktober 2020 in Potsdam die Tarifeinigung mit den Arbeitgebern von Bund und Kommunen.

In der Videokonferenz mit den Vorsitzenden der Bundesbeamtengewerkschaften erläuterte die dbb Spitze das Ergebnis und wie es dazu kam.

Für den Bundesvorsitzenden VBB ist der erzielte Tarifab-

schluss ein respektablem Kompromiss, allerdings fehlt den Bundesbeamten derzeit noch der entscheidende Folgeschritt.

„Wir gehen davon aus“, so dbb Chef Silberbach abschließend, „dass dieser Tarifabschluss wie in den vorhergehenden Runden zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes übertragen wird.“



Etat 2021: Wehretat soll um 1,16 Milliarden Euro erhöht werden

Berlin: (hib/AW) Deutschlands Verteidigungsausgaben sollen im kommenden Jahr auf 46,81 Milliarden Euro steigen. Dies sieht der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2021 (19/22600, Einzelplan 14) vor.

Damit stünden Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) rund 1,16 Milliarden Euro mehr zur Ver-

fügung als im laufenden Jahr. Die größten Zuwächse bei den Ausgaben sollen im Bereich der militärischen Beschaffungen



und bei der Unterbringung der Soldaten liegen. Ursprünglich war für 2020 ein Verteidigungshaushalt von 45,2 Milliarden Euro beschlossen worden, durch den zweiten Nachtragshaushalt waren die Ausgaben jedoch auf 45,65 Milliarden Euro erhöht worden.

Den größten Ausgabenposten im Wehretat bilden die Personalkosten mit 19,44 Milliarden Euro, die gegenüber 2020 um 187 Millionen Euro steigen sollen. Für militärische Beschaffungen will der Bund 7,72 Milliarden Euro (2020: 7,42 Milliarden Euro), für die Materialerhaltung 4,1 Milliarden Euro (2020: 4,12 Milliarden Euro) und die Wehrforschung, Entwicklung und Erprobung 1,55 Milliarden Euro (2020: 1,49 Milliarden Euro) bereitstellen. Für die Unterbringung der Solda-

ten sowie den Erhalt und die Erweiterung von Liegenschaften sind weitere 5,88 Milliarden Euro eingeplant, 320 Millionen Euro mehr als im laufenden Haushaltsjahr.

Bei den militärischen Beschaffungen schlagen vor allem das Kampfflugzeug Eurofighter mit 998 Millionen Euro, das Transportflugzeug A400M mit 350 Millionen Euro, der Schützenpanzer Puma mit 442 Millionen Euro, das Mehrzweckkampfschiff 180 mit 379 Millionen Euro und Korvette K130 mit 450 Millionen Euro zu Buche.

Deutscher Bundestag, Parlamentsnachrichten, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: +49 30 227-35642, Telefax +49 30 227-36001 E-Mail: vorzimmer.ik5@bundestag.de

Festakt aus Anlass der Verabschiedung von Dr. Hans-Peter Bartels, ehemaliger Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

Die Bundesministerin der Verteidigung, Annegret Kramp-Karrenbauer, hatte zum Festakt mit anschließender Serenade gebeten und die hochrangigen Gäste erwiesen Dr. Bartels die verdiente Referenz.

Anwalt der Soldaten, so wird der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages häufig sehr verkürzend genannt. Dr. Bartels war weit mehr: ein sehr kundiger Kenner der Bundeswehr, ein Verteidigungspolitiker par excellence mit Praxisnähe und hohem Ansehen in der Truppe.

Der vormalige Bundesvorsitzende Kamm wie der aktuelle Bundesvorsitzende Dr. Liesen-

hoff haben die Gespräche mit ihm sehr geschätzt, denn er bleibt ein aufmerksamer, scharfsinniger Zuhörer, immer höflich, sehr analytisch und mit präzisiertem Ausdruck. Sein weitreichender Einfluss auf die Wehrverwaltung darf nicht unterschätzt werden; aufmerksam haben wir seine fundierten Berichte gelesen.

Dem Protokoll BMVg muss Lob und Anerkennung ausge-

> Dr. Hans-Peter Bartels, SPD, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages



sprochen werden für die gelungene Planung und perfekte Durchführung unter erschwerten Bedingungen. Unsere Bundesministerin Kramp-Karrenbauer hat als

aufmerksame Gastgeberin ein feines Gespür bewiesen: Ehre wem Ehre gebührt!

Der VBB wünscht Dr. Bartels alles Gute für die Zukunft.



© VBB

Welche Aufgaben hat der Militärische Abschirmdienst?

Der MAD nimmt in den Bereichen des politischen Extremismus und Terrorismus die Verfassungsschutzaufgaben der Bundeswehr wahr. Eine davon besteht darin, Extremisten in der Bundeswehr frühzeitig zu identifizieren, diese Personen zu beobachten und deren Bestrebungen zu unterbinden. Zusammen mit den zuständigen personalbearbeitenden Stellen soll deren Dienst in den Streitkräften beschränkt und gegebenenfalls beendet werden.

Wie auch alle anderen deutschen Nachrichtendienste unterliegt der MAD einer eingehenden parlamentarischen sowie fachaufsichtlichen Kontrolle. Dies ist der besonderen Grundrechtsintensität seiner nachrichtendienstlichen Maßnahmen geschuldet.

Der MAD wird nicht ohne Anlass tätig. Ohne Vorliegen von tatsächlichen Anhaltspunkten sammelt er keine Informationen. Weder scannt er wahllos soziale Netzwerke nach Hinweisen auf extremistische Äußerungen noch setzt er ohne Anlass Informanten in Kasernen der Bundeswehr ein.

Der MAD erhält Hinweise von vielen Seiten. Einen besonderen Stellenwert haben dabei die Meldungen aus der Truppe. Durch die tägliche Nähe im Dienstbetrieb sind es oftmals Vorgesetzte, Kameraden, Kolleginnen und Kollegen, die zum Beispiel Verhaltensänderungen zuerst feststellen.

Quelle: bundeswehr.de (Auszug aus MAD Seite)

Den Gärtner zum Bock gemacht!

Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat den Präsidenten des Bundesamtes für den Militärischen Abschirmdienst, Dr. Christof Gramm, in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Die bisherige Bundeswehrdisziplinaranwältin Martina Rosenberg wird seine Nachfolgerin.

Moment. An dem Titel ist doch was falsch, oder?

Aber von vorne: Wenn die Ministerin jemanden aus so einer wichtigen Führungsfunktion entlässt, weil etwas schlecht gelaufen ist, ist das – in diesem Fall jedenfalls – sehr bedauerlich. Ob da die Ministerin gut beraten worden ist?

Extremisten in den Reihen unserer Staatsdiener können selbstverständlich nicht geduldet werden. Nicht zuletzt aus Sicht von Gewerkschaften und Verbänden kommt

hinzu: Einzelne oder kleine Gruppen schaden dem Ruf der „Innung“, obwohl Hunderttausende Staatsdiener, mit oder ohne Uniform, im wahrsten Sinne des Wortes ihren Kopf für uns alle hinhalten. Die Negativschlagzeilen durch Extremisten treffen dann auch die völlig Falschen. Dies, bei aller notwendigen Aufklärung der Vorfälle, immer zugleich auch mit der nötigen Gewichtung zu betonen, wäre wichtig; ein wenig mehr Rückgrat der Verteidigungspolitik insofern schön.

Verfassungsfeindliche Umtriebe in der Bundeswehr aufzudecken, ist eine Kernaufgabe des MAD.

Um diese Aufgabe besser als bisher erfüllen zu können, wird der kleinste der drei deutschen Geheimdienste seit Oktober 2019 personell kräftig aufgestockt und umstrukturiert. Ein wichtiges Ziel: Man möchte möglichst lückenlos alle Menschen prüfen können, die in unsere Streitkräfte eintreten, um extremistische Umtriebe in der Entstehung zu verhindern. Nach dem bewährten Motto: Wehret den Anfängen. Das ist gut so. Fälle extremistischer Gesinnung hatten zuletzt die Bundeswehr häufiger in die Schlagzeilen gebracht und damit denjenigen, die der Bundeswehr grundsätzlich kritisch gegenüberstehen, wieder einmal politische Munition ver-

schafft. Die Gefahr des Imageschadens für die Bundeswehr ist tatsächlich immens: Für die intensiven Bemühungen der Ministerin, nicht zuletzt auch des Generalinspektors und der Personalführung, die Bundeswehr wieder materiell und personell schlagkräftig aufzustellen, sind solche Meldungen verheerend. Diese Meldungen vermitteln bei den Medien, in Gesellschaft und Politik nämlich einen Eindruck, den die Bundeswehr nicht verdient hat.

Der MAD ist kein Spitzeldienst!

Die verfassungsrechtlichen Schranken und gesetzlichen Aufgaben beschränken seinen Handlungsspielraum, den Dienste in anderen Armeen vielleicht haben mögen (siehe Infokasten oben). Das wird gerne übersehen. Es gibt eben

weder „IMs (Inoffizieller Mitarbeiter) noch „Blockwarte“ in den Einheiten. Gott sei Dank. Den Extremisten in den eigenen Reihen durch entsprechende Stärkung des MAD entgegenzuwirken, ist daher jedoch komplexer, als man bei klischeehafter Betrachtung von außen erkennen kann. Die deutliche Stärkung des MAD ist daher politisch geboten, gerade weil man den Auftrag in den Grenzen des Verfassungsrechts umsetzen muss und soll.

Es gilt zugleich aber auch, den sehr pauschal wirkenden negativen Bewertungen von MAD und Streitkräften keinen Vorschub zu leisten. Da war diese Entlassung nicht hilfreich.

Der Ruf nach einer personellen Aufstockung und einer zivileren Ausrichtung des Dienstes ist nicht nämlich nicht neu. Gerade der scheidende MAD-Präsident hat seit seinem Amtsantritt 2015, auch im politischen Raum, immer wieder klargemacht, dass eine Stärkung des Dienstes erforderlich ist, will man den Aufgaben im gebotenen Maße gerecht werden.

Wenn dies nicht in der erwünschten Priorität, Schnelligkeit und Gründlichkeit – wie die Vorfälle zuletzt im KSK zu beweisen scheinen – erfolgte, ist dies dem Ex-Präsidenten jedenfalls nicht anzulasten. Das wird auch nicht bestritten: „Der MAD-Präsident hat diese Veränderungen initiiert und begleitet und so in den vergangenen Jahren spürbare Verbesserungen in Organisation und Arbeitsweisen“ erwirkt. So zitiert jedenfalls Focus Online (24. September) einen Sprecher des BMVg am Tag der Ablösung Gramms. Darf man der Meldung von tagesschau.de vom gleichen Tag glauben, genoss Gramm darüber hinaus „in Parlamentskreisen ... einen ausgezeichneten Ruf, er gilt fraktionsübergreifend als integer“. Umso mehr verwundert seine Entlassung. Aber nicht, wenn man bei tagesschau.de weiter-

liest: „Die Entscheidung kommt nicht unerwartet – über eine mögliche Entlassung von Gramm wird in Sicherheitskreisen bereits seit Wochen spekuliert“, so tagesschau.de.

Anders als im Fall des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, dessen Entlassung nach dessen Äußerungen nachvollziehbar war, stellen sich hier aber Fragen: Den Medienberichten zufolge hat Gramm in den Ausschusssitzungen des Bundestages keine Fehler begangen und eher den Eindruck vermittelt, dass der MAD auf einem guten Weg ist. Sachliche Gründe für die Ablösung des MAD-Chefs, die in seiner Person zu finden wären, liegen daher eher im Detail – oder im Dunkeln. Das passt zu diesem anerkannten Verfassungsrechtler, dem man auch in Kreisen der Bundeswehr eine umsichtige Amtsführung attestiert. Der Abschiedsbrief, den er seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern übersandte, kurz nachdem die Ministerin ihm persönlich seine Demission mitteilte, ist entsprechend keine Abrechnung, sondern eine sachliche, angemessen emotionale Bilanz. Eine Verabschiedung „ohne Groll“, so wird Gramm von Spiegel online, dem der Brief wohl vorliegt, zitiert. Er selbst gibt in diesem Abschiedsbrief Fehler zu. Das ist honorig wie sein gesamter Abgang würdevoll. Skandalträchtige Fehler werden es nicht gewesen sein, sonst hätten sich Medien und die „Sicherheitskreise“ darauf – wahlweise auf die Ministerin – gestürzt.

■ Das Prinzip von Ursache und Wirkung

Was also ist falsch an dem Satz mit dem Bock? Es müsste „Sündenbock“ heißen! Der Gärtner ist zum Sündenbock gemacht worden, nicht umgekehrt.

Gärtner pflanzen weder Unkraut noch düngen sie es. Ein

Gärtner soll alles Unkraut möglichst mit Stumpf und Stiel ausreißen. Dafür braucht man aber Zeit und Personal. Und wenn man nur filigranes Werkzeug dafür hat, braucht man Geduld.

So darf man auch den von Spiegel Online zitierten Satz Gramms in seinem Brief verstehen: Für die Reform des MAD brauche es einen langen Atem. „In unserer chronisch aufgeregten Gesellschaft ist das Verständnis dafür leider nicht immer vorhanden.“ Diplomatisch zurückhaltender kann man die obige Wahrheit nicht ausdrücken.

Liebe „Sicherheitskreise“: Hätte man sich diese Entlassung nicht sparen können?

■ Was ist zu tun?

Das Schlüsselwort heißt: Dienstaufsicht!

Dass diese versagt hat, ist erkannt worden. So wurde das Kommando Spezialkräfte umorganisiert und externe Kontrollmechanismen sollen weitere Auswüchse verhindern.

Durch die latente Abkapselung einer professionalisierten Armee haben wir uns im Grunde ein Problem erkaufte, das einen steten strengen Blick auf sich bildende Parallelstrukturen erfordert. Es gab zwar unter den Wehrpflichtigen auch Soldaten, die extremistisches Gedankengut mitbrachten, aber die waren schnell wieder weg oder wurden eben nicht dauerhaft ins System übernommen.

Wenn also „der Bock“ gesucht wird, dann hätte er in der Hierarchie derjenigen, die „hätten wissen können, wenn sie hingeschaut hätten oder hätten hinschauen können“, gesucht werden müssen.

Wichtiger als die Suche nach dem nächsten Bock ist aber jetzt, die Vorgesetzten zu unterstützen. Dienstaufsicht wird

vor allem dann besser, wenn Vorgesetzte die Zeit erhalten, sich um Ausbildung und Dienstaufsicht zu kümmern. Dies geht nur bei vorbehaltloser Rückendeckung von hohen Vorgesetzten wie Politik. Es braucht klare Ansagen!

Unendliche Berichtspflichten in der Truppe, Konzepte und Vorschriften, deren Sinn sich nicht immer erschließt, aber jedenfalls Zeit fressen, vorbehaltlos auf ihre zwingende Notwendigkeit im „Friedensbetrieb“ zu überprüfen, wäre ein erster Schritt.

Die Übernahme von Verwaltungsaufgaben, die nicht vermeidbar sind, nämlich die Umsetzung der durch den Bundestag erlassenen Gesetze und Verordnungen, sollten so weit wie möglich in die Hände derer gelegt werden, die dafür ausgebildet worden sind: die Kolleginnen und Kollegen der zivilen Wehrverwaltung.

Dann entsteht die Luft zum Atmen, die die Truppe braucht. Erfahrene Berufssoldaten könnten wieder dafür eingesetzt werden, wofür sie ausgebildet sind und selbst bereits ausgebildet haben. Mit deren enormer Lebens- und Truppenerfahrung würden sie nicht nur die Ausbildung optimieren: Sie könnten zugleich den jungen Soldaten Orientierung und Halt geben, um ein Abgleiten, in welche politische Richtung auch immer, zu vermeiden.

Ein dickes Brett. Ja. Und nicht von heute auf morgen zu bohren, da strukturelle Veränderungen Zeit brauchen. Aber die enge Führung durch die Leistungsträger der Armee ist ein entscheidender Eckpfeiler dafür, dass unsere Soldaten auf dem Boden des Grundgesetzes bleiben. Da liegt der Hase im Pfeffer. Oder im Unkraut.

Ob die Ministerin also gut beraten war, Gramm zu entlassen? Man könnte stattdessen auch fragen: Hatte Sie eine

Wahl? Die Frage ist jedenfalls dann berechtigt, wenn man beobachtet, wie schnell man in „sicherheitspolitischen“ Kreisen ins „Kreuzfeuer“ geraten kann. Es scheint, als hätte die Ministerin die notwendige politische Deckung für eine andere Entscheidung nicht erhalten. Man hätte, frei nach dem militärischen Grundsatz „Wirkung vor Deckung“, der Ministerin auch Flankenschutz für andere mutige Optionen geben können.

So hat man einen Bock geschossen (der ein Gärtner war).

▸ Beharrlichkeit und Geduld

Hoffen wir, dass die Nachfolgerin Gramms, Martina Rosenberg, die Zeit haben wird, das dicke Eichenbrett weiter zu bohren und Kurs zu halten. Spiegel Online spekulierte schon vor der Bekanntgabe der Entscheidung etwas despektierlich über eine Juristin „aus dem Apparat“ als Nach-

folgerin. Der VBB findet es aber gut, dass es jemand „aus unserem Apparat“ wird, nämlich jemand wie die Kollegin Rosenberg, die Streitkräfte und Ministerium kennt und auch Politik aus nächster Nähe erlebt hat. Eben all das, was man braucht, um die Aufgabe zu verstehen und politische Fallstricke zu erkennen. Diese zu sehen, ist im Zweifel komplexer als die eigentliche Amtsführung. Frau Rosenberg hat jedenfalls eine gute Startposition, die ein Ex-

terner im Regelfall, vorsichtig ausgedrückt, erst nach einer steilen Lernkurve überhaupt erreicht hätte.

Wir wünschen Frau Rosenberg – der ersten Präsidentin eines deutschen Nachrichtendienstes überhaupt – jedenfalls „Fortune“ für ihr schwieriges Amt. Unsere Rückendeckung hat sie!

Und Dr. Gramm wünschen wir seinen verdienten „Unruhestand“.

Ausrüstung für den Einsatz, Einsatz für unsere Ausrüstung

Kaum ein Tag vergeht, an dem in interessierten Kreisen nicht von der Ausrüstung unserer Soldatinnen und Soldaten gesprochen wird. Einmal mehr taten dies auch der Abteilungsleiter Ausrüstung im BMVg, Vizeadmiral *Stawitzki*, und der Bundesvorsitzende Dr. *Liesenhoff* in einem intensiven wie interessanten Gespräch.

Beiden hat es Freude gemacht, wie es das Bild belegt, denn es gab einige positive

Fakten. So hat allein der „Einkauf“ im zuständigen BAAIN-Bw etwa 4,7 Milliarden Euro

im Berichtszeitraum umgesetzt. Das Bundesamt für Ausrüstung Informationstechnik

und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) mit seinem nachgeordneten Bereich ist die größte Behörde dieser Art in Europa, die technisch anspruchsvolles Material nach Recht und Gesetz öffentlich beschafft. Deshalb ist das ausführende BAAINBw unter strenger Beobachtung von außen, denn die Aussicht auf das ganz große Geschäft weckt so manche Begehrlichkeit bei gewerblicher Wirtschaft und Beratern. Selbstverständlich hat die öffentliche Beschaffung weitreichende politische Dimensionen, was gezielte Entwicklung und zeitgerechte Beschaffung deutlich erschwert.

Dennoch: Unter dem Summenstrich hat sich Gewaltiges getan in den letzten Jahren und die Performance der Abteilung A wie des BAAINBw können sich sehen lassen. Dazu zählt ausdrücklich auch der nachgeordnete Bereich des BAAINBw.

Nun bleibt es abzuwarten, wie die anstehenden organisatorischen Änderungen im BMVg diesen Aufschwung stabilisieren.



▸ Der Bundesvorsitzende Dr. Liesenhoff und der Abteilungsleiter A Vizeadmiral Stawitzki. Auf dem maritimen Gemälde in der Mitte fehlt ein stolzes Segelschiff ...